

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	8
		TOP:	3
	Verhandlung	Drucksache:	30/2018
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	05.02.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	Frau Hauser, Herr Dr. Knapp (beide JB-BiP)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Pilotprojekt Freiwilligendienst in Vorbereitungsklassen und Schulsozialarbeit		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 18.01.2018, GRDRs 30/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

Das Konzept zum Pilot-Projekt "Freiwilligendienst in Vorbereitungsklassen und Schulsozialarbeit" wird zur Kenntnis genommen.

1. Die Abteilung Stuttgarter Bildungspartnerschaft wird mit der Umsetzung des Pilot-Projekts in den Schuljahren 2018/2019 und 2019/2020 beauftragt.
2. Die Mittel in Höhe von bis zu 266.044,- EUR stehen im Budget der Abteilung Stuttgarter Bildungspartnerschaft zur Verfügung.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Mit dem Pilotprojekt "Freiwilligendienst in Schulen mit Vorbereitungsklassen und Schulsozialarbeit" soll eine Integrationslücke geschlossen werden, führt BMin Fezer ein. Freiwillige (FSJler) sollen in Vorbereitungsklassen unterrichtsbegleitend sowie in Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit eingesetzt werden. Derzeit gebe es 86 Vorbereitungsklassen mit insgesamt über 1.100 Schülerinnen und Schülern. Zur Vorbereitung auf die Integration in das Regelschulsystem halte die Schule Vorbereitungsklassen bereit. Zur lebensweltlichen Integration und für alltagsbezogene Fragen von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen gebe es bisher keine entsprechende Maßnahme. Für eine frühe Teilhabe an Bildungsangeboten sowie am sozialen und kulturellen Leben wolle das Projekt einen neuen Ansatz erproben. Für die Anleitung der FSJler müsse aus Sicht der Schulsozialarbeitsträger eine Finanzierung vorgesehen sein. Das Projekt solle zunächst als Pilot für zwei Schuljahre erprobt werden. Die Abteilung Bildungspartnerschaft (JB-BiP) werde das Projekt evaluierend begleiten. Vor Ablauf der zwei Jahre finde eine Berichterstattung statt, informiert die Vorsitzende.

Frau Hauser berichtet im Sinne der gezeigten Präsentation. StRin Ripsam (CDU) lobt den Ansatz des Pilotprojekts und erkundigt sich nach der räumlichen Verteilung der zehn Stellen und nach der Volljährigkeit der FSJler. Erstaunt zeigt sie sich über die Beteiligung der Stuttgarter Bildungspartnerschaft. In der in der letzten Woche stattgefundenen Sitzung des Vergabeausschusses sei kein Wort zu diesem Pilotprojekt und zu dessen Finanzierung gefallen. Dies mache eine erneute Beratung notwendig. BMin Fezer erklärt, die Finanzierung werde aus dem Budget der Abt. Bildungspartnerschaft - und nicht aus den Mitteln des Projektmittelfonds - entnommen.

Der Ansatz wird auch von StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) positiv gesehen. Allerdings sei der Anspruch, der an die jungen Menschen gestellt werde, zu hoch. Daher müsse das Anforderungsprofil in der Konzeption reduziert werden. Dagegen begrüßt sie die anschließende Evaluation durch die Abt. Bildungspartnerschaft.

StRin Vowinkel (SPD) schließt sich ihren Vorrednerinnen an und nennt die zu erbringenden Leistungen der FSJler ambitioniert. Dagegen könnten eventuell Frauen und Männer des Bundesfreiwilligendienstes (Bufdis), die meist älter als FSJler seien, die Aufgaben übernehmen.

StR Walter (SÖS-LINKE-PluS) teilt die Bedenken seiner Vorrednerinnen und meint, zehn zusätzliche Lehrer oder Sozialpädagogen könnten das Anforderungsprofil eher abdecken. Als Pilot kann sich StR Walter das Konzept gut vorstellen.

StRin von Stein (FW) plädiert dafür, das Aufgabenprofil zu überarbeiten.

Kritisch äußert sich auch StR Klingler (AfD) und meint, die Freiwilligen seien bei diesem Anforderungsprofil überfordert. Hinzu komme, dass Kinder von zugewanderten Familien in Vorbereitungsklassen außerhalb ihres Wohnbezirks unterrichtet werden und daher die Anbindung an den Sozialraum misslinge.

Die Inhalte der Freiwilligen-Schulungen passen für Herrn Kelle nicht zu dem genannten Anforderungsprofil, bei aller Notwendigkeit einer Brückenbildung. Die Herausforderungen für die FSJler - es gehe u. a. um Teilhabe bei den Geflüchteten - verlange Kenntnisse und Fähigkeiten, die nicht in einer Schulung vermittelt werden können. Er bittet die Verwaltung um Überprüfung, was von den jungen Menschen geleistet werden könne und wie die Ziele und die Lehrinhalte zusammenpassen könnten. Das Konzept, die

sozialräumliche Anbindung der Kinder aus Vorbereitungsklassen (VK), werde von den Stadträten als notwendig anerkannt, betont StR Lazaridis (90/GRÜNE). Er bittet um eine Vertagung des Beschlussantrags und um eine erneute Beratung im nächsten Jugendhilfeausschuss, zu dem auch die Mitglieder des Schulbeirats eingeladen seien.

Die Vorsitzende bestätigt die genannte Vorgehensweise und sagt eine Überarbeitung zu. An StR Walter gewandt teilt sie mit, sie sehe den weiteren Bedarf an Lehrkräften und Sozialpädagogen. Es sei allerdings die Altersgruppe der FSJler erwünscht, da sich diese altersmäßig in der Nähe befänden. Der Zugang sei dadurch ein anderer.

Ohne dass sich Einwendungen ergeben, schließt BMin Fezer diesen Tagesordnungspunkt mit der Feststellung ab, dass dieser neuerlich in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.03.2018 zur Kenntnisnahme vorgelegt wird. Die Beschlussfassung finde in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 21.03.2018 statt.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (27)
JB-BiP
weg. JHA, VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-PR
OB-KB
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN